

UN-Umweltgipfel: Vatikanisches Arbeitspapier

Das Bevölkerungswachstum mag auf der UN-Weltkonferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED), die vom 3. bis 14. Juni in Rio de Janeiro stattfand, nur ein „Randthema“ (Neue Zürcher Zeitung, 10. 6. 92) gewesen sein, in den kirchlichen Stellungnahmen, allen voran einer 10-Punkte-Erklärung des Apostolischen Stuhls, bzw. der Diskussion über sie stand dieses Thema weithin im Vordergrund. Bei der Konferenz war der Heilige Stuhl mit einer zehnköpfigen Delegation unter der Leitung seines ständigen Vertreters bei den Vereinten Nationen, Erzbischof *Renato R. Martino* (Wortlaut seiner Erklärung vor der Konferenz, in: *Osservatore Romano*, 6. 6. 92), vertreten, zum abschließenden „Erdgipfel“ der Staatspräsidenten bzw. Regierungschefs reiste Kardinalstaatssekretär *Angelo Sodano* nach Rio.

Der Zusammenhang von Bevölkerungswachstum und Umweltzerstörung

Das vatikanische Arbeitspapier (Auszüge einer nicht-autorisierten Übersetzung veröffentlichte die Katholische Nachrichtenagentur; vgl. Frankfurter Rundschau, 12. 6. 92) betrachtet die ökologische Krise in erster Linie als „moralische Krise“ (Nr. 1). Dementsprechend werden zur Lösung der weltweiten Probleme „Strategien und Motivationen“ gefordert, „die auf eine moralisch-kohärente Weltsicht gegründet sind“. Die internationale Gemeinschaft dürfe die ethische Dimension dieser Fragen nicht unbeachtet lassen, heißt es weiter. Basis für die weitere Argumentation und Leitlinie für die Suche nach einem verantwortbaren Entwicklungsbegriff sind zum einen die „Förderung der *Würde und der Rechte aller Menschen* ohne Unterschied“

(Nr. 2), – damit zusammenhängend – ein Recht aller Völker und Länder „auf grundsätzlichen Zugang zu den Gütern der Erde“ (Nr. 4) sowie ein Entwicklungsbegriff, der auch geistige Werte einbezieht (Nr. 5), zum anderen das *Ordnungsgefüge* zwischen den Menschen und der gesamten Schöpfung (Nr. 3).

Des weiteren machte der Vatikan in seinem Arbeitspapier auf die durch Kriege verursachten Schäden an der menschlichen und natürlichen Umwelt aufmerksam (Nr. 8), forderte einen gerechten Technologietransfer (Nr. 6), „klar definierte Prinzipien . . . auf dem Gebiet der Biotechnologie, die die Würde und Integrität der menschlichen Person berührt“ (Nr. 7): „Die menschliche Person ist mehr als eine Zusammensetzung biochemischer Elemente, und sollte nicht zum Objekt biologischer und chemischer Experimente im Rahmen des biotechnischen Fortschritts gemacht werden“.

Die zwei letzten der zehn Punkte des Arbeitspapiers befassen sich mit der *Bevölkerungspolitik*: der Zusammenhang zwischen Entwicklung und Umwelt auf der einen Seite und dem Bevölkerungswachstum auf der anderen Seite sei zwar komplex, Bevölkerungswachstum sei aber „selten der ursprüngliche Grund für Umweltprobleme. In den meisten Fällen gibt es *keine kausalen Zusammenhänge* zwischen der Anzahl der Menschen und dem Verfall der Umwelt.“ Die Verantwortung für die meisten Umweltschäden trügen „direkt oder indirekt . . . die weniger bevölkerten Länder des Nordens“. Bevölkerungspolitische Bemühungen trügen nur wenig dazu bei, wichtige Probleme im Bereich von Umwelt und Entwicklung zu lösen: „Echte Lösungen für diese Probleme müssen nicht allein solide wirtschaftliche Planungen und Technolo-

gie beinhalten, sondern Gerechtigkeit für alle Menschen der Erde“.

Der Heilige Stuhl zeigt sich besorgt über „Strategien, die eine Bevölkerungsreduzierung zum wichtigsten Faktor für die Lösung ökologischer Probleme machen wollen“. Programme zur Bevölkerungsreduzierung, dirigiert und finanziert durch die entwickelten Länder des Nordens, würden schnell zu einem „Ersatz für Gerechtigkeit und Entwicklung in den Entwicklungsländern des Südens“. Strategien, die „in irgendeiner Weise die Freiheit der Ehepaare in der Entscheidung über die Zahl und den Abstand der Geburten einschränken wollen, verurteilt der Apostolische Stuhl. Die Gewährung wirtschaftlicher Hilfe dürfe nicht an die Annahme von Programmen zur Verhütung, Sterilisation oder Abtreibung geknüpft werden. Methoden der *Abtreibung* dürften im übrigen nicht als Methoden zur *Familienplanung* angepriesen werden.

Keine „Fortpflanzung um jeden Preis“

Das Arbeitspapier war am 22. Mai veröffentlicht worden, nachdem bereits Zeitungen berichtet hatten, der Heilige Stuhl sei bestrebt, das Thema Bevölkerungswachstum von der Tagesordnung des Umweltgipfels abzusetzen. Vatikan-Sprecher *Joacquin Navarro-Valls* dementierte entsprechende Berichte mit dem Hinweis, der Heilige Stuhl habe lediglich versucht, im Rahmen der Vorbereitung der Konferenz die Entscheidungen in Bezug auf das Thema Bevölkerungswachstum zu „verbessern“, indem man die Beachtung von moralisch einwandfreien Strategien auf diesem Gebiet geltend gemacht habe. So habe man erreicht, daß der Begriff „Familienplanung“ in „verantwortliche Planung der Familiengröße“ abgeändert worden sei. Außerdem habe man die Respektierung der *sozialen, religiösen und kulturellen Traditionen* eingefordert, den Respekt vor der Gewissensfreiheit geltend gemacht und so die Ärmsten der Armen vor ungerechten Auflagen ver-

teidigt. An der Beschäftigung mit diesem Thema habe man durchaus ein Interesse, schon wegen der Bedenken gegenüber verbreiteten Zwangsmaßnahmen auf dem Gebiet der Geburtenkontrolle.

Bei und am Rande der Tagung wie auch in der weltweiten publizistischen Begleitung der Rio-Konferenz wurde verschiedentlich z. T. überaus *harsche Kritik* an der vom Vatikan eingenommenen Haltung geübt. In einem Beitrag zur Umweltkonferenz für die Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit“ meinte der frühere Bundeskanzler *Helmut Schmidt*, in ihrer Ablehnung einer Verpflichtung zur Propagierung geringerer Geburtenzahlen hätten sich die Entwicklungsländer „hinter dem Heiligen Stuhl verstecken können, der in den Vorverhandlungen seine bornierte Ideologie geschickt vertreten hat“ (Die Zeit, 12. 6. 92).

Stigmatisierung des Südens

Der FDP-Bundestagsabgeordnete *Burkhard Zuheide* warf der katholischen Kirche ein „beispielloses Maß an Realitätsverdrängung und Ignoranz“ vor. Mit Blick auf das vatikanische Arbeitspapier sagte der entwicklungspolitische Experte der Liberalen, darin werde eine direkte Beziehung zwischen Bevölkerungswachstum und Umweltzerstörung *verneint*. Der Zusammenhang zwischen Geburtenanstieg und Umweltvernichtung sei jedoch „ebenso evident wie schlicht“. Wer ihn leugne, müsse sich den Vorwurf gefallen lassen, *wider besseres Wissen zu handeln*. Wenn dies die Antwort der katholischen Kirche auf die globalen Umweltprobleme bleiben sollte, verliere sie den Anspruch, ernst genommen zu werden.

Bereits vor Beginn der Umweltkonferenz hatte Erzbischof Martini die Haltung des Apostolischen Stuhls mit dem Hinweis verteidigt, der Kirche gehe es in der Frage des Bevölkerungswachstums nicht um „Fortpflanzung um jeden Preis“, sondern man trete mit Nachdruck für eine *verantwortete Elternschaft* ein. Man wersetze sich aber einer staatlich diktierten Bevölkerungs-Politik, die „gegen die Freiheit,

die Würde und das Gewissen der Personen gerichtete Mittel der Geburtenbegrenzung aufzwingen“ wolle.

Nuancierter beurteilte der Referatsleiter Grundsatzfragen des Bischöflichen Hilfswerkes „Misereor“, *Reinhard Hermle*, die vatikanische Position. Es müsse deutlich ausgesprochen werden, verteidigte Hermle den Apostolischen Stuhl, daß die hauptsächlich und schwerwiegenden Umweltbelastungen von den Menschen in den Industrieländern ausgingen. Eine kleine Zahl von Menschen könne den Globus ruinieren. Andererseits sei es „nicht von der Hand zu weisen, daß eine große Zahl von Menschen Umweltprobleme verursacht und daß deshalb etwas getan werden muß, um das Wachstum der Menschheit zu kontrollieren“. In diesem zweiten Punkt greife die vatikanische Erklärung zu kurz.

Weniger Angriffsfläche, weil umfassender argumentierend als die Erklärung des Heiligen Stuhls, bot demgegenüber eine Positionsbestimmung der katholischen Bischofskonferenz von England und Wales, die gleichfalls aus Anlaß des Rio-Gipfels veröffentlicht wurde (vgl. The Tablet, 2. 5. 92). Dabei griffen die Bischöfe eine Äußerung von *Prinz Charles* auf, der vor der „World Commission of Environment and Development“ gesagt hatte, die Geburtenrate der Entwicklungsländer könne man nur verringern, indem man auch die Armut verringere: „Und die Umwelt wird nur zu schützen sein, wenn wir uns den Themen Bevölkerungswachstum und Armut gleichermaßen zuwenden“. Die Bischöfe wiesen demgegenüber darauf hin, obwohl die Bevölkerungsexplosion eine Ressourcenkrise verursachen könne, sei es „ebenso irreführend wie unmoralisch“, den Slogan zu übernehmen „weniger Armut durch weniger Menschen“.

Es sei nachgewiesen, so die Bischöfe, daß in dem Maße, wie strukturelle Armut überwunden werde, auch der Bevölkerungsdruck nachlasse: „Armut drängt die Familien dazu, viele Kinder als eine Form von Versicherung . . . zu haben. Armut zerstört die Bedingungen für ein stabiles Famili-

enleben und die Freiheit der Männer und Frauen, gemeinsam, freiwillig, verantwortlich und moralisch die richtigen Entscheidungen darüber zu treffen, wieviel Kinder sie haben möchten. Armut verhindert Erziehung und behindert die elementare Gesundheitsvorsorge . . . „Crash“-Programme für Bevölkerungskontrolle sind nicht in der Lage, diese elementare menschliche Freiheit wiederherzustellen, sondern sind nur allzu oft gekennzeichnet vom Versuch, Druck auszuüben – wenn nicht Schlimmeres“. Wenn der Norden die Bevölkerungskontrolle als die Lösung für die Entwicklungs- und Umweltprobleme ausgeben, stigmatisiere er den Süden als „unverantwortlich und inkompetent“. . . Der Norden verunreinige nicht nur direkt die Umwelt durch seine Industrieproduktion, sondern auch indirekt und über große Distanzen durch seine beherrschende Stellung auf dem Weltmarkt . . . Nur wenn der Norden *radikale strukturelle Veränderung* und *Opfer in bezug auf Lebensstandard und Konsum* akzeptiere, könne die Ursache des Armutsproblems angegangen werden.

„Weniger Menschen durch weniger Armut“ – und nicht umgekehrt

Noch vor seiner Abreise nach Rio de Janeiro hatte sich Bundesumweltminister *Klaus Töpfer* ähnlich geäußert. Er halte es für falsch, so Töpfer, wenn in der Diskussion über Umweltbelastungen vorschnell auf die Bevölkerungsentwicklung als Verursacher hingewiesen werde. Damit werde den Ländern der südlichen Welt der „Schwarze Peter“ zugeschoben. Im Zusammenhang mit dem Thema Armut und Bevölkerungsentwicklung argumentierte eine im Auftrag der Wissenschaftlichen Arbeitsgruppe für weltkirchliche Aufgaben der Deutschen Bischofskonferenz erstellte und 1990 veröffentlichte Studie (vgl. HK, November 1990, 502 f.) ebenso: „Weniger Menschen durch weniger Armut, nicht: weniger Armut durch weniger Menschen“, lautete damals ein Kernsatz der Untersuchung. *K. N.*